

# Bern wappnet sich gegen Handelskrieg

Der Bund warnt wegen des Streits der USA mit China und der EU vor einer drohenden Wirtschaftskrise

Stefan Bühler

Wie du mir, so ich dir. Das gilt seit knapp einem Jahr im Handelskrieg zwischen den USA, China und der EU: Donald Trump schützt mit hohen Zöllen amerikanische Hersteller von Waschmaschinen und Solarmodulen sowie die Stahl- und Aluminiumindustrie. China und die EU schlagen zurück und erheben ebenfalls Schutzzölle - mit Vorliebe auf typisch amerikanischen Produkten wie Erdnussbutter, Motorräder, Whiskey oder Jeans.

Und die Schweiz? Als mittelgrosse Wirtschaftsmacht, die stark auf internationalen Handel ausgerichtet ist, steht sie mit im Ring und versucht, den Rundumschlägen der kämpfenden Giganten möglichst auszuweichen. Das ist ihr recht gut gelungen - bloss Schweizer Firmen im Stahlsektor, wo die Exporte in die EU leiden, wurden bisher getroffen.

In Bern beobachtet man das Treiben der grossen Wirtschaftsmächte aber mit zunehmender Sorge. Das zeigt der Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik, den der Bundesrat diese Woche verabschiedet hat. Das zuständige Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) widmet dem Handelsstreit das Schwerpunktkapitel. Und es kommt darin zu einem beunruhigenden Schluss: Die Eskalation von Massnahmen und Gegenmassnahmen zwischen den grossen Handelsmächten beeinträchtigt den internationalen Handel und sie würden «das Risiko einer schweren Handels- und damit Weltwirtschaftskrise» bergen.

Es droht ein Einschnitt von historischer Bedeutung: «Die kontinuierliche Liberalisierung des internationalen Handels und des damit verbundenen Aufbaus eines multilateralen Handelsrechts könnte zum ersten Mal seit dem Abschluss des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt 1947 eine Zäsur erfahren», heisst es im Bericht. Mit andern Worten: Statt Handelshindernisse abzubauen, werden erstmals seit langem Hürden aufgebaut. Und internationale Regeln, an die sich grosse und kleine Wirtschaftsmächte gleichermassen halten müssen, verlieren an Bedeutung.

## Japan rückt in den Fokus

Das sind schlechte Nachrichten für die Schweiz. Sie ist viel stärker vom internationalen Handel abhängig als grössere Volkswirtschaften. Und sie ist zu klein, als dass sie mit Gegenmassnahmen selber Druck auf andere Länder ausüben könnte. Was ist also zu tun? «Sich möglichst nicht in den Streit hineinziehen lassen», sagt Markus Schlagenhof, Leiter des Bereichs Welthandel im Seco. Die Schweiz verzichtet darauf, mit



Beim Export nach Japan gegenüber der EU im Nachteil: Käsermeister dreht Laib eines Greyerzerkäses. (Morges im Waadtland, 17. Juni 2014)

Zöllen in den Streit einzugreifen. Zu klein wäre die Wirkung gegen aussen, hingegen könnten viele Firmen im Inland darunter leiden, die in internationale Produktionsketten integriert sind. Vielmehr schliesse sich der Bund mit gleichgesinnten Ländern zusammen, um den Regeln der Welthandelsorganisation WTO mehr Nachachtung zu verschaffen, sagt Schlagenhof. So kann die Schweiz ihre Rechte bei der WTO-Streit-schlichtungsbehörde einklagen, was sie im Fall der US-Zölle auf Stahl und Aluminium getan hat. Das Verfahren ist hängig.

«Zudem müssen wir die bestehenden Beziehungen vertiefen und sichern», sagt Schlagenhof. Dazu gehören vorab der Erhalt und die Sicherung des bilateralen Weges mit der EU, «insbesondere

durch den Abschluss eines institutionellen Abkommens», wie es im Bericht heisst.

Hinzu kommen neue und erneuerte Freihandelsabkommen. Mit acht Staaten oder Ländergruppen führt der Bund derzeit Verhandlungen über Freihandel. Gerne würde er dies auch mit den USA tun, wo vorbereitende Gespräche laufen. Die Hoffnung, dass mit Donald Trump am WEF in Davos diese Woche der Startschuss für Verhandlungen erfolgen könnte, hat sich nach der Absage des Besuchs des US-Präsidenten jedoch zerschlagen. Dafür rückt nun ein anderer prominenter Gast in Davos in den Fokus der Schweizer Interessen: Shinzo Abe, der Ministerpräsident Japans. Sein Land hat mit der EU ein Freihandelsabkommen aus-

gehandelt, das im Februar in Kraft tritt. Es gewährt EU-Exporteuren in manchen Bereichen deutlich bessere Bedingungen, als sie im schweizerisch-japanischen Freihandelsabkommen von 2009 verankert sind.

«Der Schweizer Vorteil in Japan ist Geschichte», hält die Handelskammer Schweiz - Japan deshalb in einer Stellungnahme fest, man sei «vom Vorreiter zum Schlusslicht» geworden. Sie fordert deshalb, die Chance zu nutzen und in Davos mit Abe Verhandlungen einzufädeln. Der Bundesrat solle sich bemühen, «konkrete Zusagen für einen zur EU mindestens gleichwertigen Marktzugang für Schweizer Firmen in Japan zu erhalten», sagt CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, die sowohl die Aussenpolitische

Kommission als auch die parlamentarische Gruppe Schweiz - Japan präsidiert.

## Reformdruck auf Bauern

Zugleich macht sie auf eine andere Option aufmerksam, sich nicht nur in Asien, sondern rund um den Pazifik in eine bessere Position zu bringen: den Beitritt zur transpazifischen Partnerschaft. Dieser gehören neben Japan elf Länder an, unter ihnen Vietnam, Australien, Mexiko, Neuseeland und Kanada. Zudem hat Grossbritannien angekündigt, nach dem Brexit den Beitritt zu dem Handelsbündnis zu prüfen.

Beim Bund ist das Thema auf dem Radar: «Auch seitens der Schweiz wird die Opportunität eines Beitritts vor dem Hintergrund der aktuellen Handelskrise

## Nachgefragt

### «Die Grossen sind in der Pflicht»

Bundespräsident Maurer erwartet von den USA, von China und der EU eine Lösung im schädlichen Handelsstreit.

**Der Bundesrat warnt in seinem Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik, der Handelsstreit der grossen Wirtschaftsmächte berge das Risiko einer schweren Handels- und Weltwirtschaftskrise. Wie ernst ist die Lage aus Ihrer Sicht?**

**Ueli Maurer:** Der Aussenhandelsbericht zeichnet ein mehrheitlich erfreuliches Bild der Entwicklung der Schweizer Aussenwirtschaft, das sollten Sie nicht übersehen. Aber es ist schon so, dass die jetzige Handlungssituation das Wachstum hemmt. Wir beobachten seit geraumer Zeit eine Stagnation des Wachstums.

**Welche Staaten und welche Politiker stehen massgeblich in der Verantwortung?**

Die Grossen sind in der Pflicht, sprich China, die USA und die EU. Ich bin zuversichtlich: Alle wollen letztlich Geld verdienen und eine florierende Wirtschaft. Niemand hat ein Interesse daran, die Situation eskalieren zu lassen.

**Wo sehen Sie die grössten Risiken für die Schweiz?**

Dass unsere Exportwirtschaft leidet. Wir haben allerdings den Vorteil, dass unsere Wirtschaft diversifiziert ist. Das macht uns weniger anfällig als andere Länder. Interview: Andrea Kučera

sorgfältig geprüft», heisst es im Aussenwirtschaftsbericht.

Das Problem bei der transpazifischen Partnerschaft ist allerdings: Der Eintrittspreis im Agrarbereich ist sehr hoch. Die Schweiz müsste sich voraussichtlich für den Import von Landwirtschaftsprodukten weitgehend öffnen. Das gilt auch bei gewissen anderen Freihandelsprojekten. Im Bericht des Seco heisst es dazu: «Um die aussenwirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit zu erhöhen, sind in der Schweiz auch Reformen im Agrarsektor weiterzuführen.» Reformen, die etwa die EU bereits hinter sich hat.

Gut möglich, dass ein Streit, der mit Zöllen auf Waschmaschinen in den USA begonnen hat, zuletzt das Leben der Schweizer Bauern verändern wird.